



Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE
Sustainable Architecture for Finance in Europe (<https://safe-frankfurt.de/de.html>)

SAFE Finance Blog

Das SAFE Regulatory Radar im Dezember

18.12.2019

Die EZB will Klimawandel in ihre Modelle aufnehmen, politische Einigung über die Taxonomie-Verordnung und weitere Themen: eine Auswahl regulatorischer Entwicklungen aus diesem Monat

SAFE Regulatory Radar December 2019



Am Ende jedes Monats stellt das SAFE Regulatory Radar eine Auswahl wichtiger Neuigkeiten und Entwicklungen im Bereich der Finanzregulierung auf nationaler und EU-Ebene zusammen.

Finanzaufsicht: Der Rat der EU stimmt einer Überprüfung des Aufsichtsrahmens für Finanzinstitute zu

Am 2. Dezember 2019 hat der Rat der EU eine erste grundlegende Überprüfung (https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/banking-and-finance/financial-supervision-and-risk-management/european-system-financial-supervision_en#reviewoftheesfs) der Funktionsweise des Europäischen Systems der Finanzaufsicht (ESFS (https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/banking-and-finance/financial-supervision-and-risk-management/european-system-financial-supervision_en)) verabschiedet.

Das ESFS (Europäisches System der Finanzaufsicht) wurde 2011 eingerichtet und umfasst die drei europäischen Aufsichtsbehörden (ESAs): die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA (https://eba.europa.eu/languages/home_de)), die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA (https://europa.eu/european-union/about-eu/agencies/eiopa_de)) sowie die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA (https://europa.eu/european-union/about-eu/agencies/eiopa_de)). Zum ESFS (Europäisches System der Finanzaufsicht) gehört auch der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB (<https://www.esrb.europa.eu/about/html/index.de.html>)), der für die makroprudenzielle Aufsicht des gesamten EU-Finanzsystems zuständig ist.

Die Hauptbereiche des Vorschlags zur Änderung der Verordnungen zur Errichtung der ESA (https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/banking-and-finance/financial-supervision-and-risk-management/european-system-financial-supervision_en#foundinglegislation) betreffen das Mandat, die Leitung und die Finanzierung der ESAs (europäische Aufsichtsbehörden).

Was den Geltungsbereich der Mandate der Behörden anbelangt, so weist der Vorschlag (<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-75-2019-INIT/de/pdf>) den ESAs (europäische Aufsichtsbehörden) eine formelle Rolle bei der laufenden Überwachung des Äquivalenzprozesses zu und verbessert ihre Fähigkeit, die korrekte Anwendung des Unionsrechts sicherzustellen. Darüber hinaus überträgt er den ESAs (europäische Aufsichtsbehörden) Aufsichtsbefugnisse in Feldern mit überwiegend Drittlands- oder grenzüberschreitender Relevanz.

In Bezug auf die innere Steuerung sieht der Vorschlag neben den zuständigen nationalen Behörden auch unabhängige, stimmberechtigte Mitglieder im Entscheidungsprozess vor. Es führt auch ein neues Ernennungsverfahren und eine verbesserte Stellung des Vorsitzenden ein. Darüber hinaus ersetzt der Vorschlag die Geschäftsführung durch einen unabhängigen Vorstand, der sich aus extern bestellten Vollzeitmitgliedern zusammensetzt.

Bei der Finanzierung wird der derzeitige jährliche Beitrag der EU zum Haushalt der ESA-Institutionen beibehalten. Der Änderungsvorschlag ersetzt jedoch die Restfinanzierung der zuständigen nationalen Behörden durch Beiträge aus dem Privatsektor.

Das neue Gesetz (<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-77-2019-INIT/de/pdf>) führt zudem gezielte Änderungen ein beim Mandat des Vorsitzenden, der Zusammensetzung und der Funktionsweise des ESRB-Sekretariats, der Zusammensetzung des ESRB (Europäischer Ausschuss für Systemrisiken) sowie den Adressaten von Warnungen und Empfehlungen des ESRB (Europäischer Ausschuss für Systemrisiken).

Das Regelwerk soll noch im Dezember in Straßburg förmlich unterzeichnet und bis Ende des Jahres im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden.

Geldpolitik: EZB will Klimawandel in ihre makroökonomischen Modelle aufnehmen

Christine Lagarde ist seit dem 1. November 2019 Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB). Erstmals in ihrer neuen Funktion war sie zu einer Anhörung beim Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments geladen.

In Reaktion auf Lagardes jüngste Äußerungen zum Thema wurden während der Anhörung (<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20191202IPR67811/new-ecb-boss-quizzed-for-the-first-time-by-economic-affairs-committee>) wiederholt Fragen dazu gestellt, wie die EZB (Europäische Zentralbank) auf die Bedrohung durch den Klimawandel reagieren wird. Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) aus dem gesamten politischen Spektrum wollten wissen, inwiefern die EZB (Europäische Zentralbank) Maßnahmen zum Klimawandel in ihre Geldpolitik einbeziehen könnte und ob die Zentralbank die Unterstützung nicht nachhaltiger Unternehmen durch ihr Wertpapieraufkaufprogramm einstellen wird.

Im Gegensatz zu anderen Notenbankern fordert Christine Lagarde, den Klimawandel in die Wirtschafts- und Risikoanalysen der EZB (Europäische Zentralbank) und damit in ihre Geldpolitik aufzunehmen. Bei der Anhörung unterstrich Lagarde, dass die Klimaproblematik zwar dem Primat der Preisstabilität unterliege, aber in die makroökonomischen Modelle der EZB (Europäische Zentralbank) einbezogen und bei der Risikobewertung und Aufsicht von Banken im Euroraum berücksichtigt werden solle. Die strategische Überprüfung, die die EZB (Europäische Zentralbank) unter Lagardes Führung durchführen wird, wird diese Fragen daher abdecken.

Sie erinnerte die Europaabgeordneten auch daran, dass die EZB (Europäische Zentralbank) der Hauptabnehmer von Anleihen der Europäischen Investitionsbank sei, die sich zum Ausstieg aus Investitionen in fossile Brennstoffe verpflichtet hat.

Nachhaltige Finanzwirtschaft: Einigung über die Taxonomie-Verordnung

Nach der fünften Runde der politischen Verhandlungen haben das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union am 5. Dezember 2019 eine Einigung über den Vorschlag für eine Taxonomie-Verordnung (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52018PC0353>) erzielt. Die Taxonomie stellt ein Rechtsinstrument der Kapitalmarktunion dar, das ein Klassifikationssystem für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten festlegt, die technische Evaluierungskriterien erfüllen. Ein entsprechender Test würde mit der vorgeschlagenen Verordnung eingeführt werden.

Das Parlament und der Rat haben sich darauf geeinigt, dass der Anwendungsbereich der Taxonomie nicht für alle Finanzprodukte gilt, sondern nur für solche, die zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftstätigkeit beitragen. Zuvor hatte das EU-Parlament die Idee eines erweiterten Anwendungsbereichs für die gesamte Bandbreite von Finanzprodukten befürwortet.

Es wird drei Kategorien von Finanzprodukten geben: „Green“ für uneingeschränkt umweltfreundliche Investitionen und zwei Kategorien – „Transition“ und „Enabling“ – für Produkte, die nicht alle Kriterien erfüllen, aber zur Klimaneutralität beitragen können. Darüber hinaus sieht der zweite Kompromiss vor, dass die Europäische Kommission Maßnahmen zur Umsetzung der technischen Screening-Kriterien erlässt. Diese legen fest, wie eine „nachhaltige Wirtschaftstätigkeit“ definiert wird, wobei die Mitgliedstaaten nur begrenzt einbezogen werden. Schließlich wurde vereinbart, dass die Taxonomie-Verordnung ab Dezember 2021 gelten soll.

Das Abkommen ist bisher vorläufig und bedarf noch der Zustimmung der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments.

Kapitalmarktunion: Der Rat der EU gibt Standpunkt zur Sanierung und Abwicklung zentraler Gegenparteien bekannt

Am 4. Dezember 2019 hat der Rat der EU seinen Standpunkt zu einem Gesetzesvorschlag (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52016PC0856&from=EN>) für Clearingstellen und die zuständigen Behörden festgelegt. Der Rat nahm keine Änderungen am Vorschlag vor und ist nun bereit, weitere Verhandlungen mit dem EU-Parlament aufzunehmen. Der Rat schlug jedoch vor, dass die neuen Rechtsakte zwei Jahre nach ihrem Inkrafttreten angewendet werden sollen. Dies soll den Mitgliedstaaten und Marktteilnehmern genügend Zeit geben, alle Maßnahmen umzusetzen und einzuhalten. Die Gesetzesreform zielt darauf ab, die kritische Funktion der zentralen Gegenparteien (CCPs) zu erhalten und die nationalen Behörden mit geeigneten Instrumenten zur Bewältigung von Krisen auszustatten.

Der Position des Rates basiert auf einem dreistufigen Ansatz. Erstens muss die neue Gesetzgebung dem Grundsatz der Prävention und Vorbereitung folgen. Zweitens erhalten die Behörden das Recht, frühzeitig einzugreifen. Drittens können die nationalen Behörden im Fall des Ausfalls einer CCP (zentrale Gegenpartei) auf Abwicklungsinstrumente zurückgreifen wie die Abschreibung von Eigentumstiteln und die Veräußerung der CCP (zentrale Gegenpartei).

CCPs (zentrale Gegenparteien) spielen eine wesentliche Rolle bei der Gewährleistung der Stabilität von Finanzmärkten. Die Schaffung eines europäischen Rechtsrahmens für ihre Sanierung und Abwicklung soll CCPs (zentrale Gegenparteien) helfen, Risiken zu managen und ein weniger risikofreudiges Verhalten von CCPs (zentrale Gegenparteien) und anderen Marktteilnehmern zu fördern.

Bankenunion: Der Rat der EU billigt Standpunkt zu neuem Verfahren für außergerichtliche Vollstreckung notleidender Kredite

Der Europäische Rat hat am 27. November 2019 eine Stellungnahme (<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14261-2019-ADD-1/en/pdf>) zu einem Richtlinienvorschlag (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52018PC0135&from=en>) für einen gemeinsamen Rahmen und Mindestanforderungen für einen außergerichtlichen Mechanismus für notleidende Kredite (NPLs) veröffentlicht. Der vorgeschlagene Rechtsrahmen zielt darauf ab, den Wert von mit Sicherheiten garantierten Darlehen wiederherzustellen, falls der Kreditnehmer nicht in der Lage ist, diese zurückzuzahlen.

Der Rat stellte fest, dass die vorgeschlagenen Rechtsvorschriften nur für Sicherheiten gelten sollten, die sich im Besitz von Unternehmen befinden. Um den Verbraucherschutz zu gewährleisten, ist geplant, Konsumentenkredite auszuschließen. Dem Standpunkt des Rates zufolge soll der Mechanismus zur außergerichtlichen Vollstreckung von Sicherheiten freiwillig sein. Das bedeutet, dass sich beide Parteien auf die Klausel über die Anwendung dieses Mechanismus einigen müssen. Zudem soll der Gläubiger sollte nicht davon abgehalten werden, andere Durchsetzungsmechanismen zu nutzen, die nach nationalem Recht anwendbar sind.

Im März 2018 hatte die Europäische Kommission ein Gesetzespaket zur Regulierung von notleidenden Krediten vorgeschlagen, das zwei Bereiche abdeckt: die Einführung gemeinsamer Mindestdeckungssätze für neu vergebene Kredite, die notleidend werden und einen effizienten Mechanismus zur außergerichtlichen Verwertung von Kreditsicherheiten. Der Rat hatte seinen Standpunkt (<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2019/03/27/non-performing-loans-council-adopts-position-on-secondary-markets-for-bad-loans/>) zu dem ersten Richtlinienvorschlag am 27. März 2019 festgelegt. Sobald das Europäische Parlament mit diesem Standpunkt einverstanden ist, können weitere Verhandlungen zwischen dem Rat und dem Parlament aufgenommen werden.

Anastasia Kotovskaia (<https://safe-frankfurt.de/policy-center/policy-center-team.html>) ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im SAFE Policy Center und arbeitet derzeit an einer rechtswissenschaftlichen Promotion an der Goethe-Universität.

Iva Vacheva-Spanidis (<https://safe-frankfurt.de/policy-center/policy-center-team.html>) ist Koordinatorin im SAFE Policy Center und hat einen Master in Governance and Public Policy der TU Darmstadt.

Schlagwörter: Sustainable Finance (<https://safe-frankfurt.de/de/aktuelles/safe-finance-blog/tag/sustainable-finance.html>), Monetary Policy (<https://safe-frankfurt.de/de/aktuelles/safe-finance-blog/tag/monetary-policy.html>), Capital Markets Union (<https://safe-frankfurt.de/de/aktuelles/safe-finance-blog/tag/capital-markets-union.html>), Banking Union (<https://safe-frankfurt.de/de/aktuelles/safe-finance-blog/tag/banking-union.html>), Banking Regulation (<https://safe-frankfurt.de/de/aktuelles/safe-finance-blog/tag/banking-regulation.html>)



Zurück (<https://safe-frankfurt.de/de/aktuelles/safe-finance-blog.html>)

Kommentare


Name *

Email *

Kommentar *

* Diese Felder sind erforderlich.

Want to get regular updates?

 [Subscribe to the Finance Blog RSS feed \(http://safe-frankfurt.de/home/rss-policyblog.xml\)](http://safe-frankfurt.de/home/rss-policyblog.xml)

 [Follow us on Twitter \(https://twitter.com/SAFE_Frankfurt\)](https://twitter.com/SAFE_Frankfurt)

Enter your email address to get regular blog updates.

* Please read our data protection statement (<https://safe-frankfurt.de/de/ueber-safe/datenschutz.html>)(pdf version (https://safe-frankfurt.de/fileadmin/user_upload/editor_common/Files/Data_Protection_Statement_10Jan2020.pdf))

I agree to the data protection statement.*

Subscribe

RECENT POLICY PUBLICATIONS

Apr 2020

Corona-Bonds und ihre Alternativen (<https://safe-frankfurt.de/de/policy-center/publikationen/detailsview/publicationname/corona-bonds-und-ihre-alternativen.html>)

Marcel Thum, (https://tu-dresden.de/cdd/leitung_und_beteiligte/mitglieder/lebensraum-und-infrastruktur/Thum) Alfons J. Weichenrieder (<https://safe-frankfurt.de/de/forschung/forschungsteam/details/showauthor/52-weichenrieder.html>)

Apr 2020

The Case for Corona Bonds (<https://safe-frankfurt.de/de/policy-center/publikationen/detailsview/publicationname/the-case-for-corona-bonds.html>)

Matej Avbelj, (<https://www.eui.eu/DepartmentsAndCentres/Law/People/Fellows/BBF/Matej-Avbelj>) Antonia Baraggia, (<https://www.mmg.mpg.de/person/99018/2553>) Jürgen Bast, (https://www.uni-giessen.de/fbz/fb01/professuren-forschung/professuren/bast/team/prof_leitung) Bojan Bugarič, (<https://www.sheffield.ac.uk/law/staff/bbugaric/index>) Emanuel Castellarin, (<https://unistra.academia.edu/EmanuelCastellarin>) Francesco Costamagna, (<https://www.law.georgetown.edu/ctls/staff/francesco-costamagna/>) Anuscheh Faraha, (<https://www.oer5.rw.fau.de/prof-dr-anuscheh-farahat/>) Matthias Goldmann, (<https://safe-frankfurt.de/de/forschung/forschungsteam/details/showauthor/549-goldmann.html>) Anna-Katharina Mangold, (<https://www.europeanstudies.info/en/about-ma-eus/our-team/administrative-team/prof-dr-anna-katharina-mangold-ilm-cambridge/>) Mario Savino, (<https://unitus.academia.edu/MarioSavino>) Alexander Thiele, (<https://www.uni-goettingen.de/de/pd-dr-alexander-thiele/418590.html>) Annamaria Viterbo (<http://www.dg.unito.it/do/docenti.pl/Alias?anna.viterbo#profilo>)

Apr 2020

Emerging Evidence of a Silver Lining: A Ridge Walk to Avoid an Economic Catastrophe in Italy and Spain (<https://safe-frankfurt.de/de/policy-center/publikationen/detailsview/publicationname/emerging-evidence-of-a-silver-lining-a-ridge-walk-to-avoid-an-economic-catastrophe-in-italy-and-spa.html>)

Christopher Busch, (<https://safe-frankfurt.de/de/forschung/forschungsteam/details/showauthor/468-busch.html>) Alexander Ludwig, (<https://safe-frankfurt.de/de/forschung/forschungsteam/details/showauthor/112-ludwig.html>) Raül Santaeulàlia-Llopis (<https://www.barcelonagse.eu/people/santaeulalia-llopis-raul>)

All Policy Publications (<https://safe-frankfurt.de/de/policy-center/publikationen.html>)


Kontakt

Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE

Theodor-W.-Adorno-Platz 3
60323 Frankfurt am Main

Tel: +49 69 798 30080
 Fax: +49 69 798 30077
 E-Mail: info@safe-frankfurt.de

Finden Sie den richtigen Ansprechpartner (<https://safe-frankfurt.de/de/ueber-safe/kontakt.html>)

 Besuchen Sie uns auf Twitter (https://twitter.com/SAFE_Frankfurt)

SAFE →

- Über SAFE (<https://safe-frankfurt.de/de/ueber-safe.html>)
- Offene Stellen (<https://safe-frankfurt.de/de/ueber-safe/karriere/offene-stellen.html>)
- So finden Sie uns (<https://safe-frankfurt.de/de/ueber-safe/so-finden-sie-uns.html>)

Policy Center →

- SAFE Senior Policy Fellows (<https://safe-frankfurt.de/de/policy-center/safe-senior-policy-fellows.html>)
- Policy Publikationen (<https://safe-frankfurt.de/de/policy-center/publikationen.html>)
- SAFE Finance Blog (<https://safe-frankfurt.de/de/aktuelles/safe-finance-blog.html>)
- Policy Center Team (<https://safe-frankfurt.de/de/policy-center/policy-center-team.html>)



Startseite (<https://safe-frankfurt.de/de/footer-menu/startseite.html>) →

Impressum (<https://safe-frankfurt.de/de/footer-menu/impressum.html>) →

Datenschutz (<https://safe-frankfurt.de/de/footer-menu/datenschutz.html>) →

© 2020 SAFE

Forschung →

- Forschungsabteilungen (<https://safe-frankfurt.de/de/forschung/forschungsabteilungen.html>)
- Forschungsteam (<https://safe-frankfurt.de/de/forschung/forschungsteam.html>)
- Data Center (<https://safe-frankfurt.de/de/data-center.html>)

News & Events →

- Alle News (<https://safe-frankfurt.de/de/aktuelles/alle-news.html>)
- Newsletter (<https://safe-frankfurt.de/de/aktuelles/newsletter.html>)
- Expertendatenbank (<https://safe-frankfurt.de/de/presse/expertendatenbank.html>)